

Ein Jahr nach der Ermordung des iranischen Generals Kassem Soleimani, des hohen irakischen Militärs Abu Mahdi Al-Muhandis und ihrer Begleiter am Flughafen von Bagdad am 3. Januar 2020 ist das US-Verbrechen im Mittleren Osten nicht vergessen. Bilder des prominenten Generals und Politikers Soleimani schmücken zahlreiche Straßen und Dörfer im Libanon. Auch in Syrien ist sein Gesicht allgegenwärtig. Politiker und Militärs erinnern kurz vor dem Jahrestag des Mordes an den General der iranischen »Revolutionsgarden«. Im Westen gilt Soleimani nach wie vor als Terrorist, in der Region aber wird er – jenseits der mit dem Westen und Israel verbündeten Golfstaaten – als Held und Vermittler geehrt.

Die iranische Regierung warnte am Dienstag Washington angesichts der Stationierung von weiteren US-Kriegsschiffen vor einer »Militarisierung der Region Persischer Golf« und forderte, das »extraterritoriale Abenteuerium« einzustellen. »Die Militarisierung des Persischen Golfes ist in keines Landes Interesse«, erklärte Regierungssprecher Ali Rabiei in Teheran. »Nicht in der Region und nicht in der Welt.« Teheran hoffe mit Blick auf die neue US-Regierung auf einen Richtungswechsel im Weißen Haus. Washington müsse aufhören, sich einzumischen und »Zwietracht zwischen den Ländern der Region« zu säen. Der Iran sei dabei »auf jedes Szenario« vorbereitet.

Die Beziehungen zwischen dem Iran, Russland und China seien hingegen außerordentlich gut, sagte der Regierungssprecher auf Journalistenfragen. Teheran kooperiere mit Russland im Kampf gegen den Terror in Syrien und habe politisch, ökonomisch und auch verteidigungspolitisch die Beziehungen mit Moskau ausgebaut. Allerdings müsse »die Sicherheit am Persischen Golf von den Anrainerstaaten gewährleistet werden«, machte Rabiei klar. Das sei der einzige Weg, um Sicherheit für alle Staaten der Region und dauerhaft Frieden zu erreichen, sagte der Regierungssprecher. Der Iran habe das bei der Vorstellung der Friedensinitiative »Hormus« deutlich gemacht. 2019 hatte Teheran in der Region über die Initiative mit allen Golfstaaten Gespräche geführt, außer mit Saudi-Arabien.

Um auch Riad zu erreichen, hatte Bagdad sich als Vermittler angeboten. General Soleimani war vom Iran beauftragt worden, Botschaften an Bagdad zu übermitteln und Antworten zurück nach



Beerdigung von General Kassem Soleimani am 4. Januar in Bagdad

Der Vermittler

Vor einem Jahr wurde der iranische General Soleimani von den USA ermordet. Zu den Hintergründen des Verbrechens.

Von Karin Leukefeld, Damaskus

Teheran zu bringen. Über die heikle diplomatische Arbeit informierte kurz nach der Ermordung Soleimanis der damals noch amtierende irakische Ministerpräsident Adil Abd Al-Mahdi das Parlament. Er selber sei mit Soleimani nur wenige Stunden nach dessen Ermordung verabredet gewesen. »Er sollte eine Botschaft aus dem Iran überbringen als Antwort auf eine Nachricht, die wir von Saudi-Arabien an den Iran übermittelt hatten«, erklärte Abd Al-Mahdi, wie die britische Onlinezeitung *The Independent* am 6. Januar berichtete.

Nach Angaben Washingtons habe Soleimani in Bagdad eine neue Terror-

kampagne gegen die US-Streitkräfte vorbereitet. Beweise für die Behauptung gab es nicht. Man fühle sich an die nicht existenten Massenvernichtungswaffen im Irak erinnert, hieß es dazu im *Independent*. Deren Existenz war von den USA und Großbritannien behauptet worden, um 2003 in den Irak – ohne UN-Mandat – einzumarschieren.

Hassan Nasrallah, Generalsekretär der libanesischen Hisbollah, sprach in einem mehrstündigen Interview am 28. Dezember mit dem Nachrichtensender *Al-Majadin* über die Rolle Soleimanis unter anderem auch während und nach dem Krieg 2006 gegen Israel.

Nicht nur den militärischen Widerstand habe Soleimani vor Ort mit koordiniert, sagte Nasrallah. Wenige Tage vor dem Waffenstillstand habe Soleimani erklärt, sich im Iran für Unterstützung beim Wiederaufbau des Libanon einzusetzen. Damals sei die ökonomische Lage im Iran weit besser gewesen als heute, fügte Nasrallah hinzu. Der Iran habe der Hisbollah große Geldsummen zur Verfügung gestellt, um die zerstörte Infrastruktur des Landes und vor allem Wohnhäuser für die obdachlos gewordene Bevölkerung wiederherzustellen.

Den Krieg gegen Syrien habe Soleimani unmittelbar nach dem Sturz Hosni Mubarak in Ägypten im Februar 2011 kommen sehen, so Nasrallah. 2015 habe Soleimani den russischen Präsidenten Wladimir Putin davon überzeugt, die syrische Armee im Kampf gegen die Fatah-Al-Scham-Front, den »Islamischen Staat« und andere Terrorgruppen in Syrien zu unterstützen.

Die USA hätten den Mord an Soleimani zwar verübt, doch Saudi-Arabien und Israel hätten assistiert, sagte Nasrallah. Soleimani habe überaus starkes

Charisma gehabt. Gut gebildet und immer aufmerksam, habe er die Menschen beeinflussen können, »besonders, was die Menschlichkeit und die Moral betrifft«. Der General sei »an der Front« gewesen und habe nicht aus einem »Operationsraum« im Hintergrund heraus agiert.

Auch aus dem Jemen kam Lob für Soleimani. Abdullah Mohammed Hadschar, Berater des Politischen Rates, bezeichnete ihn als »Symbol des Widerstandes gegen jeden Kolonialherren, Eindringling und Unterdrücker«. An erster Stelle hätten für Soleimani die Sache der Palästinenser und die Befreiung arabischen Bodens gestanden, so Hadschar. Darum sei er ermordet worden.

Der iranische Botschafter in Bagdad, Iradsch Masdschedi, erklärte am späten Montagabend im irakischen Nachrichtensender *Al-Irakija*, die Islamische Republik habe das Recht, Vergeltung für den Mord zu üben. Ein Gegenschlag müsse aber nicht unbedingt militärisch erfolgen, so Masdschedi. Vergeltung werde auch mit dem Abzug der US-Soldaten aus der Region erreicht.

Spannungen im Persischen Golf

USA und Israel erhöhen vor Jahrestag der Ermordung Soleimanis demonstrativ Druck auf Iran

Zum Jahreswechsel haben die USA und Israel politisch, wirtschaftlich und militärisch ihren Ton gegen den Iran verschärft. Washington warnte Teheran vor Vergeltungsschlägen für den Mord an dem hochrangigen General Kassem Soleimani vor einem Jahr, gleichgültig ob im Irak oder andernorts in der Region. Der Sprecher des iranischen Außenministeriums, Said Katibsade, erklärte hingegen, die Verantwortung läge bei den USA. Der russische Botschafter in Tel Aviv sagte, nicht der Iran, sondern Israel destabilisiere die Region.

US-Außenminister Michael Pompeo nutzt seine letzten Amtstage, um weitere Sanktionen gegen den Iran und Partner des Landes zu verhängen. Nur wenige Tage vor dem Jahrestag des Mordanschlags passierte das U-Boot »USS Georgia« in Begleitung weiterer US-Kriegsschiffe demonstrativ

die Straße von Hormus im Persischen Golf. Die Entsendung der Schiffe solle den »Schutz der regionalen Sicherheit« gewährleisten, hieß es in einer Erklärung. Die 5. US-Flotte ist in Bahrain stationiert und für mögliche Kampfeinsätze im Persischen Golf, im Arabischen Meer und Indischen Ozean zuständig.

Am Mittwoch teilte das US-Zentralkommando (Centcom) mit, dass ein »B-52 Stratofortress«-Bomber über den Persischen Golf geflogen sei, »um mögliche Gegner abzuschrecken«. Centcom verfügt auch über eine Kommandobasis auf dem Al-Udeid-Luftwaffenstützpunkt in Katar, von wo aus Angriffe im Irak, Syrien und Afghanistan gesteuert werden. Sollte auch nur »ein Amerikaner« getötet werden, werde der Iran zur Rechenschaft gezogen, schrieb der amtierende US-Präsident Donald Trump bereits

am 23. Dezember auf dem Kurznachrichtendienst Twitter.

Israel schickte am 19. Dezember ein U-Boot durch den Suezkanal. Die israelische Marine hatte Anfang des Monats das erste von insgesamt vier der in der BRD gebauten U-Boote der Dolphin-Klasse aus der deutschen Waffenschmiede Thyssen-Krupp erhalten. Der Oberkommandierende der israelischen Streitkräfte, Generalleutnant Aviv Kochavi, sprach beim Empfang des Schiffes von »einer der modernsten Kriegswaffen der Welt«.

Die Gesamtkosten für das Kriegsgeschäft »Made in Germany« werden mit 1,5 Milliarden Euro beziffert. Die Bundesregierung übernimmt davon 25 Prozent. In Deutschland wird die Lieferung der U-Boote in das Kriegs- und Krisengebiet um Israel von der linken Opposition und der Friedensbewegung scharf, aber bisher ergebnislos

kritisiert. Die israelische Staatsanwaltschaft hat im Zusammenhang mit dem Deal wegen Bestechung, Geldwäsche und Betrug Anklage gegen Personen aus dem Umfeld von Ministerpräsident Benjamin Netanjahu erhoben.

Mit ungewohnt klaren Worten kritisierte der russische Botschafter in Tel Aviv die israelische Politik in der Region. In einem am 8. Dezember von der Tageszeitung *Jerusalem Post* online veröffentlichten Interview sagte Botschafter Anatoli Wiktorow, nicht der Iran sei das Problem im Mittleren Osten, sondern die Tatsache, dass Israel »UN-Resolutionen zum israelisch-arabischen und zum israelisch-palästinensischen Konflikt« nicht einhalte. Hinzu käme eine »mangelnde Verständigung zwischen den Staaten«.

Unter Verweis auf die vielen Angriffe Israels gegen das Nachbarland Syrien erklärte der Botschafter, Israel

müsse aufhören, souveräne UN-Mitgliedstaaten zu bombardieren. Zu dem Hinweis, Israel informiere Russland vor jedem Angriff, erklärte Wiktorow, es gehe bei der russisch-israelischen Koordination um die Sicherheit der russischen Truppen in Syrien. Gleichwohl »stimmen wir auf keinen Fall den israelischen Angriffen auf Syrien zu. Das haben wir in der Vergangenheit nie getan und werden es auch nie in der Zukunft tun«. Der Botschafter wiederholte das Angebot Russlands, direkte Verhandlungen zwischen den Palästinensern und Israel in Moskau zu organisieren. Die palästinensische Frage dürfe nicht übergangen werden, denn ohne ein Abkommen werde der Konflikt zwischen Israel und den Palästinensern nicht nur für die Staaten und Völker der Region, sondern »weltweit Unruhe bedeuten«.

Karin Leukefeld, Damaskus